

Schwarzwaldbacht

Calwer Tagblatt

Verlag: Schwarzwaldbacht G.m.b.H. Calw. Rotationsdruck:
H. Dellschläger'sche Buchdruckerei, Calw. Hauptgeschäftsführer:
Friedrich Hans Schaefer. Angelegenheiten: Alfred Schaefer.
Sämtliche in Calw, D. N. 11. 36: 3492. Geschäftsstelle: Alfred
Postamt. Fernsprecher 251. Schluss der Anzeigenannahme: 7.30
Uhr vormittags. Als Anzeigenpreis gilt zur Zeit Preisliste 3.

Bezugspreis: Durch Träger monatlich 1.50 RM, einschließlich
Post 20 Pfg. Trägerlohn. Bei Postbezug 1.60 RM, einschließlich
54 Pfg. Postgebühren. — Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche
Zeile 7 Pfg., Tagesbezug 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachsch.
Erfüllungsort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe
von durch Fernspruch aufgenommene Anzeigen keine Gewähr.

Nationalsozialistische Tageszeitung

Amtliche Zeitung der N. S. D. A. P.

Unser einziges Amtsblatt für alle Stadt- und Gemeinde-Behörden des Kreises Calw

Nr. 127

Calw, Donnerstag, 2. April 1936

3. Jahrgang

Der Friedensplan der deutschen Regierung veröffentlicht

Einstündige Unterredung des deutschen Sonderbotschafters von Ribbentrop mit dem britischen Außenminister

eg. London, 1. April.

Mittwoch vormittag um 10 Uhr englischer Zeit hat Botschafter von Ribbentrop dem britischen Außenminister Sir Anthony Eden die deutsche Antwort überreicht. Die Unterredung zwischen dem deutschen Sonderbotschafter und dem britischen Außenminister dauerte etwa eine Stunde. Unmittelbar darauf trat das britische Kabinett zu seiner üblichen Wochenitzung zusammen, in der Eden über den Inhalt der deutschen Antwort und über seine Unterredung mit Botschafter von Ribbentrop ausführlich Bericht erstattete.

Der Wortlaut der deutschen Note

Der Friedensplan der deutschen Regierung, den Botschafter von Ribbentrop am Mittwoch der britischen Regierung übergeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Mit aufrichtiger Zustimmung hat die deutsche Regierung von dem Botschafter von Ribbentrop erfahren, daß es der Wunsch der britischen Regierung und des britischen Volkes ist, baldmöglichst mit den praktischen Arbeiten für eine wahre Befriedung Europas zu beginnen. Dieser Wunsch deckt sich mit den innersten Wünschen und Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Führung. Es erfüllt daher die deutsche Regierung mit umso größerem Bedauern, daß sie nicht in der Lage ist, in dem ihr am 20. März übergebenen Entwurf der Vertreter der Locarno-Mächte eine taugliche und fruchtbare Grundlage für die Einleitung und Durchführung einer solchen wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können. Es fehlt diesem Entwurf in den Augen des deutschen Volkes und in den Augen seiner Regierung jener Geist des Verständnisses für die Gefährdung der Ehre und Gleichberechtigung, die im Leben der Völker zu allen Zeiten die erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit geheimerer Verträge bilden. Die deutsche Regierung glaubt deshalb in heiligem Ernst der in Frage stehenden Aufgabe schuldig zu sein, sich in der Feststellung der negativen Seite des ihr übergebenen Memorandums auf das aller notwendigste zu beschränken.

Erweiterung der deutschen Vorschläge

Sie will aber dafür versuchen, durch eine Erweiterung und Klärung der am 7. März ausgesprochenen Vorschläge von ihrer Seite aus den Beginn einer konkreten Arbeit der europäischen Friedensfindung zu erleichtern. Zum Verständnis ihrer Ablehnung der einzelnen diskriminierenden Punkte sowie zur Begründung ihrer konstruktiven Vorschläge muß die deutsche Regierung folgendes grundsätzlich erklären: Die deutsche Regierung hat soeben vom deutschen Volk u. a. ein feierliches Generalmandat erhalten zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation nach zwei Richtungen.

1. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren.

**44 423 116 Stimmen
für den Führer**

Berlin, 1. April.

Der Reichswahlleiter, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, hat nunmehr das auf Grund der Meldungen der Kreiswahlleiter festgestellte vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 29. März mit den bis zum 1. April, 12 Uhr mittags, eingegangenen Ergänzungen und Berichtigungen bekanntgegeben. Danach betrug die Zahl der Stimmberechtigten 45 440 645, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 44 966 449; die Wahlbeteiligung betrug also 99 v. H. Für die Liste und damit für den Führer wurden 44 423 116 Stimmen und damit 98 v. H. der abgegebenen Stimmen gezählt. Gegen die Liste und ungültig waren 543 333 Stimmen.

gung zu wahren. Es steht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

2. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigem Herzen, mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Verständigung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens. Dies sind die Wünsche des deutschen Volkes und damit die Verpflichtung der deutschen Regierung.

Der Rechtsbruch von Versailles

Die deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre in der vorläufigen Note vom 24. März 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken:

A. Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese lagen keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war

durch eine neue Völkerordnung einen dauerhaften und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte.

B. Der Kgl. britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese letzten Endes nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angestrebte Restrenkung des Rheinlandes von Deutschland errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die demilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgegangenen Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

C. Die Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages basieren demnach selbst auf der Verletzung einer Deutschland gegebenen Zusicherung und besagen als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt. Sie sind vom Versailler Vertrag in den Rotarmpakt übernommen worden, nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebietes, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden ist.

Versammlungsruhe bis 19. April

Erholungs- und Ruhezeit nach der gewaltigsten aller Wahlschlachten

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Reichsminister Dr. Goebbels, gibt bekannt: „Die gewaltigste Wahlschlacht des nationalsozialistischen Deutschlands ist geschlagen. In Einheit und Geschlossenheit hat sich das deutsche Volk hinter seinen Führer gestellt und ihm einen überwältigenden Beweis seines Vertrauens gegeben. Wochenlang rollte Versammlungswelle über Versammlungswelle durch die deutschen Gauen; von Rednern, Politischen Leitern, Parteigenossen und Parteigenossinnen wurde das letzte an Einsatzebereitschaft verlangt und gegeben. Abend für Abend füllte das deutsche Volk die Versammlungsräume, sei es die Riesenhalle der Großstädte, oder die kleinen Zimmer des Dorfkrauses. Wenn auch nach

der siegreichen Schlacht, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geschlagen hat, nicht Ruhe einkehren darf, vielmehr die Arbeit fortgesetzt werden muß, so soll doch vor diesem neuen Einsatz durch die allgemeine Versammlungspause eine Erholungs- und Ruhezeit zum Sammeln neuer Kräfte stehen. Aus diesem Grunde ordne ich hiermit eine allgemeine Versammlungsruhe bis 19. April an. Unter die angeordnete Versammlungsruhe fallen insbesondere alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen; Mitgliederversammlungen sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken. Von der Versammlungsruhe nicht berührt werden die Veranstaltungen der Abteilung 10 und des Amtes „Kraft durch Freude“.

Allgemeine Wehrpflicht in Oesterreich

Dienstpflicht mit oder ohne Waffe vom 18. bis 42. Lebensjahr

ek. Wien, 1. April.

Am Mittwochmittag hat der österreichische Bundesrat durch Zuzug einstimmig ein Gesetz beschlossen, durch das die „Allgemeine Bundesdienstpflicht für körperliche Zweite“ eingeführt wird. Das Gesetz ermächtigt den Bundeskanzler, im Verordnungsweg die männliche Bevölkerung vom 18. bis 42. Lebensjahr nach Maßgabe der Verhältnisse und Umstände zum Dienst mit oder ohne Waffen einzuberufen.

Damit hat sich Oesterreich einer der Fesseln des Friedensdiktats von St. Germain entledigt. Möglich wurde dieser Beschluß des Bundesrates allerdings nur im Schatten der großen Freiheitspolitik des Führers und Kanzlers des Deutschen Reiches und nach der Zustimmung Mussolinis, die bei den kaiserlichen römischen Verhandlungen erteilt wurde. Wenn der Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vor dem Bundesrat erklärte, daß Oesterreich die Bundesdienstpflicht einführe, weil es „als freier, selbständiger Staat sich keine Beschränkungen irgendwelcher Art auferlegen“ lasse, so trifft das nicht den tatsächlichen Kern der Angelegenheit, weil mit der Wiedereinführung der Dienstpflicht Oesterreich noch lange nicht jene Unabhängigkeit errungen hat, die einem freien und selbständigen Staat gebührt.

Innerpolitisch gesehen, bedeutet dieses Gesetz übrigens einen Schlag gegen die Heimwehren Stachemburgs, die in der letzten Zeit — nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem „Phönix“-Versicherungs-Skandal — stark zurückgedrängt wurde, so daß das Linzer

Heimatschutzkorps „Die neue Zeit“ kürzlich sagte: „Auf Grund der Versöhnungsversuche der Christlichsozialen mit der ehemaligen Sozialdemokratie seien alle Arbeitsplätze mit Staatsfeinden besetzt. Der abgerüstete Schutzkorpsmann könne haufenweise gehen, alle Ähren abrennen und finde doch keine Arbeit.“ „Daß unter diesen Umständen viele Kameraden, die zur Zeit der Revolten freiwillig zur Fahne eiften und denen versprochen wurde, daß man sich um sie in Zukunft bemühen werde, den Glauben verlieren, darf keinen ernstenden Oesterreicher wundern... Jetzt scheint das Maß voll zu sein. Es wäre klug, die Schleusen zu öffnen, ehe das Wehr von der Wucht der gestauten Massen durchbrochen wird.“

Zum Chef des Generalstabes der bewaffneten Macht — ein Titel, der aus der Habsburgermonarchie übernommen wurde — ist der frühere Militärattaché in Berlin, Feldmarschalleutnant Janja, ernannt worden.

Prag kündigt Einspruch an

Nach einer Sonderausgabe des dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodza nahestehenden Prager Blattes „Prager“ ist in unmittelbarer Folge des Beschlusses des österreichischen Bundesrates in Prag ein außerordentlicher Ministerrat einberufen worden, der in den Mittagsstunden begann. In Prager politischen Kreisen glaubt man, daß die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten gegen die einseitige Ausrückung von Bestimmungen des Vertrages von St. Germain Einspruch erheben wird.

D. Der sog. „freiwillige Verzicht“ auf die Souveränität Deutschlands in diesen westlichen Provinzen des Reiches ist mithin eine Folge des Versailler Diktats und einer Kette von sich hier anschließenden schwersten Bedrückungen des deutschen Volkes, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf die furchtbare Not und Zwangslage des Reiches infolge der Rheinlandbesetzung.

Wenn daher von seiten der britischen Regierung heute erklärt wird, daß man wohl von einem Diktat von Versailles gesprochen habe, aber doch niemals von einem Diktat von Locarno, so muß die deutsche Regierung mit der Gegenfrage antworten: „Gib es oder laß es überhaupt in der Welt ein großes Volk geben, das freiwillig und ohne äußersten Zwang einseitig auf seine Hoheitsrechte, und zwar in diesem Fall auf das primitivste Recht der Verteidigung seiner eigenen Grenzen verzichtet hat, oder verzichtet würde?“

Trotzdem aber hatte das deutsche Volk diesen Zustand 17 Jahre lang ertragen, und noch am 21. Mai 1935 erklärte der deutsche Reichskanzler, daß „die deutsche Reichsregierung in der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Befriedung Europas leistet“ und daß die Reichsregierung „alle aus dem Locarnovertrag sich ergebenden Verpflichtungen solange halten wird, als auch die anderen Vertragspartner bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen“.

Vorsorge gegen Ueberraschungen Pflicht jeder Regierung

Die deutsche Reichsregierung hat bereits in ihrer vorläufigen Note vom 24. März 1936 darauf hingewiesen, daß der von Frankreich mit Sowjetrußland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarno-Pakt sowohl die rechtliche, als aber besonders die politische Grundlage und damit die Voraussetzung seiner Existenz entzogen hat. Es erübrigt sich, hierauf noch einmal näher einzugehen. Denn: es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärbündnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht. Es weckt die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verstrickung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleicht, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbaren und sinnlosesten Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte. Es liegt nicht im Vermögen einer einzelnen Regierung, eine solche von bestimmten Großmächten eingeleitete Entwicklung zu verhindern, allein es gehört zum pflichtgemäßen Auftrag jeder Regierung innerhalb der Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes Vorsorge vor jenen Ueberraschungen zu treffen, die sich aus einer solchen undurchsichtigen europäischen Militär- und Kabinettpolitik ergeben können.

Die deutsche Regierung hat daher nach der vorliegenden Entwicklung, die eine Aufhebung der juristischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen des Locarno-Paktes bedeutet, sich auch ihrerseits als an diesen Pakt nicht mehr gebunden erklärt und die Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt.

Haager Schiedsspruch unannehmbar

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, ihren zur Sicherheit des Reiches unternehmen, nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Würdigung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Fall nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist. Dies gilt umso mehr, als der Völkerbundsrat bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert.

Die deutsche Regierung ist weiter der Überzeugung, daß ein solches Urteil nicht nur keinen positiven Beitrag liefern könnte für eine wirkliche konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern ausschließlich geeignet ist, eine solche Lösung zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Im übrigen: entweder man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Friedenssicherung, dann kann ein solcher beabsichtigter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates nur erschwerend wirken, oder man glaubt an eine solche mögliche Friedenssicherung nicht, dann käme einem solchen Entscheid höchstens nachträglich eine feststellende juristische Bedeutung zu.

Ablehnung jeder Diskriminierung

Die deutsche Regierung kann daher in diesem Punkte sowie in jedem weiteren dieser Entwurfs der Vertreter der Locarnomächte, die sich nur als einseitig belastend für Deutschland erweisen, nicht nur keinen nützlichen Kontakt für eine wirkliche großzügige und konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit erblicken, sondern höchstens Elemente der Diskriminierung eines großen Volkes und damit einer Infragestellung jeder dauerhaften Friedensgestaltung. Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfs ablehnen.

Deutschland hat, wie schon aus seinem Angebot hervorgeht, nicht die Absicht, jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen. Es ist bekannt, daß bei der gigantischen Rüstung Frankreichs, und den enormen Festungswerken an der französischen Ostgrenze ein solcher Angriff aber auch rein militärisch sinnlos wäre. Aus diesen Gründen ist der deutschen Regierung auch der Wunsch der französischen Regierung nach sofortigen Generalstabverhandlungen verständlich. Die deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakte solche Generalstababmachungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Verständigungsverpflichtungen der fünf Locarnomächte seien.

Die Aufgaben der Diplomatie

Die deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Probleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßte. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen: Welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

A) Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zweiteilung der europäischen Völker in mehr oder weniger berechnete, in ehren- oder unehrenhafte, in freie oder unfreie unter irgendwelchen neuen Formen oder Mobifizierungen beizubehalten, oder fortzuführen? Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen Willen heraus auf dem Wege einfacher majoritärer Beschlüsse Feststellungen über Vergangenes zu treffen, Urteile aufzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden? Oder soll

B) Das Bemühen der europäischen Regierungen darauf hingewichtet sein, unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen? Die deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten,

Minister gegen Militärverhandlungen

Meinungsverschiedenheiten über die Generalstabsbesprechungen in London

London, 31. März.

Der politische Mitarbeiter des der Regierung nahestehenden „Daily Telegraph“ befragt heute, daß im englischen Kabinett Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit den geplanten Generalstabsbesprechungen bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten, so schreibt das Blatt, bezögen sich nicht auf die Vorschläge der Locarnomächte als solche, sondern auf die Methode, den Locarnoverpflichtungen angesichts der gegenwärtigen europäischen Lage nachzukommen. Die verschiedenen Gesichtspunkte würden in der Mitbewertung des Kabinetts besprochen werden. Die vom englischen Volk und von den Abgeordneten aller Parteien ausgedrückte Besorgnis über das mögliche Ergebnis militärischer Besprechungen mit den Generalstäben Frankreichs und Belgiens werde vom Kabinett voll und ganz gewürdigt. Angesichts aller Umstände sei es klar, daß das Kabinett Entscheidungen über die Zeit, die Methode und den Umfang der Stabsbesprechungen treffen müsse. Die Regierung werde strenge Grenzen für das Ausmaß und das Ziel der Besprechungen niederlegen. Sie werde ferner darauf bestehen, jederzeit die genaueste Kontrolle ausüben zu können.

Die übrigen Morgenblätter bleiben jedoch weiter dabei, daß die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett ernster Natur seien. So meldet „Daily Mail“, das Kabinett werde heute entscheiden, ob es dem Parlament eine umfassende Erklärung über die Stabsbesprechungen vor deren Beginn abgeben solle oder nicht. Ein großer Teil der Blätter weist erneut darauf hin, daß die öffentliche

Meinung Englands gegen militärische Verhandlungen mit Frankreich und Belgien sei. Diese Stellungnahme wird durch zahlreiche Zuschriften aus der Leserschaft unterstrichen.

In einer Zuschrift an die „Times“ nehmen führende Persönlichkeiten der Stadt Birmingham zur internationalen Lage Stellung. Sie protestieren energig gegen gewisse Punkte der Vorschläge der Locarnomächte, die nicht ganz frei von dem Geist von Versailles seien. Insbesondere verurteilen sie den Plan einer neutralen Zone im Rheinland, der das Gewissen vieler Engländer verletzende und die Gefühle der Deutschen beleidigende.

Sie bringen ferner ihre tiefe Besorgnis über die geplanten Generalstabsbesprechungen zum Ausdruck. Vor dem Kriege hätten ähnliche Besprechungen ernste Verwicklungen und Verpflichtungen für England mit sich gebracht. Die Erwähnung dieser unheimlichen und gefährlichen Parallelen müsse Erinnerungen der Furcht und der Trauer und sogar des Schreckens erwecken. Schließlich erklären die Verfasser der Zuschrift, daß sie sich nach einem Friedensbeitrag von Deutschland sehnen. Die Zuschrift ist vom Bischof von Birmingham, Dr. Barnes, dem Universitätsprofessor Sir Raymond Beazley, dem Historiker Harburt Dawson, dem Oberpfarrer von Birmingham, Rogers, und dem früheren Oberbürgermeister Calbury unterzeichnet.

in ihren Augen allein aufbauenden Versuch teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefinnerster Überzeugung und mit dem vollen Bewußtsein des aufrichtigen und sehnlichen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

Die deutschen Friedensvorschläge

Die deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müßte:

a) in die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Prozedur für die einzuleitenden Verhandlungen;

b) in den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens;

c) in eine spätere Periode der Behandlung jener wünschenswerten Ergänzungen des europäischen Friedenswerkes, die weder im Inhalt noch im Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten. (Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen usw.)

Zu diesem Zwecke schlägt die deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgestellte Länder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung dieser Verträge kann nur in der sichtbaren von allen anerkannten Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen für den

europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlägt die deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemäßen gleichen Verhaltens der belgischen und französischen Regierung für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranzuführen wird.

5. Die deutsche Regierung schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantiemächte England und Italien und einer desinteressierten neutralen Truppenmacht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraumes von 4 Monaten hinweisen zu können, ihre

Wahrnehmungen der Garantiekommmission mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Falle zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militärattachés notwendige Feststellungen treffen läßt und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen in vollem Umfange berücksichtigen werden.

9. Im übrigen ist die deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantiemächte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahl, unter Führung der britischen Regierung in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25-jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspactes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantiemächte unterzeichnen.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Verbindlichkeiten ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Paktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Wert dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines verbindlichen Abchlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitz des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden bei den Regierungen zur Kenntnisnahme und Überprüfung vorzulegen.



früh
geht schon einkaufen.
Das Backpulver für den Sonntagsgedächtnis, das heißt er. Natürlich fordert er Dr. Oetker's „Backin“. Wie ein Alter sagt er zu Herrn Schulze: „Alter, der helle Kopf, der muß auf dem Rücken stehen.“
Räucher- aus schneiden! Preis aufgabe!

Der geheimnisvolle Graue

Roman von Jos Kohlhofer

Coverbild von Prometheus-Verlag, Großbrenn bei München

79)

Leichtes Surren und das Knirschen von Bremsen, von der Straße her vernehmbar, kündigten das Eintreffen der Kommandos an. Pünktlich auf die Minute fuhren die Lieberfallwagen und Lastwagen mit Mannschaften ein. Überall tauchten im Nebel Polizisten auf, die sich in kurzen Zwischenräumen rings um das Haus verteilten und so einen Ring bildeten. Große Scheinwerfer wurden aufgestellt, traten jedoch noch nicht in Tätigkeit, wie sich überhaupt die ganzen Sicherungsmaßnahmen fast lautlos abspielten.

Gerson warf einen Blick in die Pfortnerloge.

„Gull, Sie nehmen das Parterre und den ersten Stock, ich und Inspektor Gibbs dringen im zweiten und dritten Stockwerk vor. Sind Wächter im Haus?“

„Angeblich beim Rundgang!“

„Der Pfortner bleibt unter Bewachung; lassen Sie einige Leute hier, los jetzt!“

Ein winziger Lichtstrahl aus der Taschenlampe genügte, den Weg nach oben zu weisen. Von der Treppe weg führte eine große eiserne Tür in den Tabakspeicher. Sie drehte sich geräuschlos in den Angeln, der süßliche Duft gelagerter Tabaks stieg den Männern in die Nase. Ein fahler Schein, von der Außenlampe kommend, ließ die Umrisse vieler Regale erkennen. Zwischen diesen zogen sich schmale Gänge seitwärts und der Länge nach bis zu den Wänden hin. In der Mitte

des Speichers führte eine eiserne Wendeltreppe zum nächsten Stockwerk. Durch das Gewirr von Gängen und Stiegen wurde die Durchsuchung des Raumes außerordentlich erschwert, und es verging längere Zeit, bis die Nachschau beendet war. Sie brachte kein Ergebnis.

Noch damit beschäftigt, das nächste Obergeschloß vorzüglich abzugeben, vernahm Gerson und seine Begleiter den dumpfen Knall von Schüssen.

„Weitersehen!“ befahl der Kommissar den Leuten. „Gibbs, Sie kommen mit nach unten!“

Als Inspektor Gull an die Ausführung des ihm erteilten Auftrags schritt, fand er an der Tür, die zum Lagerraum führte, hartnäckigen Widerstand. Obwohl geübte Hände das Schloß selbst bald bezwangen, ließ sich die Tür nicht öffnen. Da mehrmalige Versuche mißlangten und eine mit zu starkem Geräusch verbundene Gewaltanwendung vermieden werden sollte, suchte Gull nach einem anderen Eingang und fand auch einen solchen in einem kleinen, ziemlich hoch liegenden Fenster, welches vom Gang aus in den Lagerraum führte. Schnell war eine Leiter herbeigeschafft, ein sanfter Druck, die Flügel gaben nach. Der Inspektor stieg als erster ein und kam, ohne behindert zu werden, zu Boden. Seine Füße fanden an einem Stapel Tabakballen einen Halt. Ihm nach kletterte eine Anzahl Polizisten, von denen einige den

Weg nicht so geräuschlos nahmen wie die anderen.

Plötzlich griff aus dem Dunkel, wie ein langer gelber Finger, ein Lichtstrahl hervor und tastete suchend umher. Der Schein fiel auf die eingebrungenen Männer, die sich blitzschnell zu Boden warfen. Es geschah zu spät; hervorwühlende Wut — Das Mündungsfeuer aus Pistolen — verriet den Ort, wo sich die unsichtbaren Gegner aufhielten.

Der Inspektor hatte sich zur großen Tür vorgeschlichen, die er trotz der bestehenden Gefahr schnell abzweigte. Er sah, daß man sie mit kleinen Goldlöcherchen verteilt hatte, die er beseitigen konnte. Nun war der Eingang frei.

Das Pistolenfeuer verstummte wieder. Gerson, der inzwischen die Parterreräume erreicht hatte, setzte sofort den Polizeisturmtromm ein, wodurch sich ein kriegerisches Bild entwickelte. Scheinwerfer warfen ihr grelles Licht in den Speicher. Maschinengewehre wurden herbeigebracht, und allenthalben huschten schwerbewaffnete Männer herein.

Im weißen Schein der Lampen drangen die Beamten, durch Panzerplatten geschützt, vor; sie wurden mit heftigem Feuer empfangen. Eigenartigerweise verwendeten der Gegner keine chemischen Kampfmittel, und noch erstaunlicher war es, daß schon nach einigen Minuten ein weißer Felsen als Zeichen bedingungsloser Kapitulation geschwungen wurde.

Die Polizisten vernahmten streifende Stimmen.

Gerson rief den Eingeschlossenen zu, mit erhobenen Händen hervorzukommen. In diesem Raum waren die Tabakballen partiell aufeinandergepakt, und hinter diesen wertvollen Vorräten lag nun eine Anzahl verwegener aussehender Kerle, deren

Zahl kaum ein doppeltes Duzend überschritt, hervor. Sie trugen keine Wäpfe; einige von ihnen waren verletzt.

Den anderen voraus, hatte sich Gibbs auf eigene Faust auf die Suche begeben. Fast am Ende des Lagerraums, gewahrt er eine flüchtende Gestalt. Dieser Teil des Lagers war durch das bei den Fenstern hereinkommende Scheinwerferlicht — die Lichtleitung war im ganzen Haus gestört — erhellt.

„Stopp, Mann!“ rief er.

Der Angerufene verdoppelte seine Bemühungen, zu entkommen; er bog ab, um die eiserne Wendeltreppe, welche hier nach oben führte, zu erreichen. Dabei überfiel er einen am Boden liegenden Ballen, stolperte und stürzte nieder.

Wie ein Ungewitter kam Gibbs über ihn. Durch das Rufen aufmerksam gemacht, näherte sich der Kommissar der Stelle.

„Es ist Grimsbah!“ meldete der Inspektor und schob seinen Gefangenen mehr in das Licht. „Grimsbah mit einer Pistole!“ ergänzte er, ihm die Waffe aus der Tasche ziehend.

„Grimsbah muß sterben!“ nälte eine Stimme irgendwoher; zugleich vernahm man ein leichtes Rischen, über Gersons Gesicht lief etwas Heißes. Seine Hand fuhr darüber, sie war voll Blut, als er sie vor Augen hielt. Eine Kugel aus einer Luftpistole hatte ihn leicht an der Wange gestreift. Ueber die Richtung, aus der die Kugel kam, war er sich bereits im Klaren.

Er riß den ihm zunächst stehenden Grimsbah zu Boden, Gibbs war wie ein Gespenst verschwunden — und froh in Deckung.

„Auch Ihre Stunde hat geschlagen, Gerson!“ hörte er noch einmal das widerliche, heisere Organ.

Dann knallte ein Schuß in nächster Nähe, (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Kreis Calw

Calw, den 2. April 1936

Meisterprüfung

Die Meisterprüfung im Kraftfahrzeug-mechanikergewerbe haben vor der Handwerkskammer Reutlingen Hans Stürner und Eugen Mohr in Calw mit bestem Erfolg abgelegt.

Brief aus Althengstett

Vor wenigen Tagen feierte Straßenwart a. D. Friedrich Giffig seinen 76. Geburtstag. Der Jubilar, der heute noch rüstig und gesund ist, hat ein arbeitsreiches Leben hinter sich. Gern und mit großer Freude erzählt er jedem die ersten und heiteren Erlebnisse seiner Rekruten- und Soldatenzeit und verfolgt mit reger Anteilnahme die großen, entscheidenden Ereignisse unserer Tage. Möge dem Jubilar noch ein sonniger Lebensabend beschieden sein! — Die Oberklasse der Volksschule Althengstett feierte den Schlußabschluß. Oberlehrer Maier richtete an die Entlassschüler herzliche Worte und ermahnte sie, pflichtbewusste Menschen zu werden, der Fahne zu folgen und Führer und Volk in höchstem Maße zu lieben. 22 Schüler und Schülerinnen verließen die Schule. — Die Generalversammlung der Molkerei-Genossenschaft Althengstett = Neuhengstett findet am Sonntag nach Ostern im Gasthaus „Rinde“ in Althengstett statt. — Die erste Mannschaft des Fußballvereins Althengstett hat nunmehr ihre Verbandsspiele beendet und in 16 Spielen 15 Punkte errungen. Althengstett konnte das letzte Verbandsspiel gegen den Tabellensechsten (SV. Ruffingen) überlegen mit 4:2 gewinnen und hat damit bewiesen, daß das i. Zt. mit 4:0 gewonnene Spiel gegen Ruffingen kein Zufall war.

Schulschlußfeier in Oßelsheim

Letzte Woche versammelten sich Elternschaft und Freunde der Schule in Oßelsheim im Saalbau z. Möhle zu einer Schlußfeier. Das zeitgemäße Programm wurde durch einen Gesangsvortrag des Jungvolkes und eine Begrüßungsansprache des Schulförstlers, Hauptlehrer Fischer, über den Sinn der Feier eingeleitet, an welcher alle Kinder der zweiklassigen Schule beteiligt waren. Mit den Kleinen und Kleinsten trat Lehrer Dettlinger auf das Podium. Es war wirklich eine Freude, zu sehen, mit welcher Eingabe die Kleinen ihre Gedichte auftrugen und in echt kindlichem Ton allerlei Kinderlieder sangen. Ganz besonders gefiel der Aufmarsch der Kleinen Soldaten. Mit hölzernen Gewehren, Säbeln und Papierhelmen ausgerüstet, sangen sie: „Wer will unter die Soldaten!“. Die älteren Jahrgänge der Ruben zeigten unter Anleitung von Herrn Fischer ihr Können im Turnen. Sie stellten Pyramiden und übertraten bei den räumlich beschränkten Verhältnissen durch die Gewandtheit ihrer Leistungen. Ein von den Jungmädchen vorgeführter Reigen, von Herrn Dettlinger am Klavier begleitet, wurde mit reichem Beifall belohnt. Großen Anklang und Beifall fand schließlich das Märchenspiel „Rumpelstilzchen“.

Hauptlehrer Fischer gab den zur Entlassung kommenden Schülern, 9 Knaben und 5 Mädchen, von Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte mit auf ihren ferneren Lebensweg. Unser Führer, so erklärte er u. a., steht die deutsche Zukunft ganz auf die Jugend; daraus erwächst ihr die Pflicht, brauchbare Menschen zu werden, arbeiten und kämpfen zu lernen, denn Deutscher sein heißt Kämpfer sein. Begeisterte Sprechstunde der Entlassschüler, Dichtungen großer deutscher Männer aus Vergangenheit und Gegenwart beschloßen die Feier mit den Worten: Deutschland, wir tragen Dich alle im Herzen! Namens der Gemeinde sagte Bürgermeister Pape allen, die zum Gelingen der Feier beigetragen haben, besonders aber den beiden Lehrern für ihre große Mühe Dank. Auch an die Entlassschüler richtete er beherzigenswerte Worte und gab ihnen gute Wünsche mit auf den Lebensweg. Diese Feier war die erste ihrer Art in Oßelsheim und hat bei den in großer Anzahl erschienenen Zuhörern großen Anklang gefunden. Mit dem Absingen der Nationalhymne fand die eindrucksvolle Stunde ihren Abschluß.

Wahlsieg!

Die Glocken läuten —
Neugierig fragt mein kleiner Bub,
Wer hat heut Hochzeit?
Ich lache, sage: Adolf Hitler,
Ihm der des Volkes Willen,
Gilt dieses frohe Ranten heut.
Doch Mutter sag,
Mit wem hat Hochzeit er?
Mit seinem Volk.
Um diese Braut hat lange er geworben
Und mancher eble Trieb ist fast verdorben,
Zu schwarz war manche Wolf.
Nun ist sie sein,
Zur schönen Frühlingszeit!
Möge die Vereinigung bedeuten,
Für unser Volk den reichsten Segen,
Ihm aber Treue allerwegen
Und Frieden, Frieden dieses Ranten!

E. G.

Aus dem Jahresbericht

des Schwarzwaldvereins

Soeben ist der Jahresbericht 1935 des württembergischen und badischen Schwarzwaldvereins erschienen. Aus ihm geht hervor, daß die Aufwendungen der Ortsgruppen im Jahre 1935 für Beganlagen, Wegbezeichnungen, Türme, Schutzhütten, einschließlich der Verwaltungskosten RM. 106 775,90 betrugen. Die Aufwendungen des Hauptvereins beliefen sich auf RM. 75 380,63, insgesamt RM. 182 156,53. Zum Nutzen der Allgemeinheit wurden also beträchtliche Summen aufgewendet, die deutlich zeigen, wie sich die aus der

Gemeinschaft des Schwarzwaldvereins erwachsenden Tätigkeitserfolge auswirken. In den Ortsgruppen des Schwarzwaldvereins wurden 1408 verschiedene Gemeinschaftswanderungen durchgeführt, an denen sich im Jahre 1935 32 368 Personen beteiligten. Leider hat die Mitgliederzahl des Schwarzwaldvereins im letzten Jahr infolge der Auflösung und Neubildung der Ortsgruppe Stuttgart sowie des Ausschlusses nichtaktiver Mitglieder einen Rückgang erlitten: 845 Neuzugänge standen 1656 Abgänge gegenüber. Durch teilweise Mehreinnahmen und Wengerausgaben konnte der Schwarzwaldverein mit einem Kassenerfolg von RM. 3749,88 in das neue Rechnungsjahr 1936 eintreten.

Und wieder wollen wir alle helfen!

Jeder Volksgenosse erwirbt das Schmetterlingsabzeichen der NSB.

Jeder Deutsche weiß, daß es durch den vom Führer im deutschen Volk neuereckten Opferwillen der NS-Volkswohlfahrt ermöglicht wurde, gewaltige Leistungen zu vollbringen, die von der ganzen Welt mit Recht und Grund bezaubert werden. Darum gibt jeder gerne und freudig, daß er geben kann und darf, wenn die NS-Volkswohlfahrt am 4. und 5. April zu Beginn ihrer Sommerarbeit eine Straßensammlung durchführt. Die großen Hilfswerke der NS-Volkswohlfahrt weiß heute jedes Kind aufzuführen: WDW, Mutter und Kind, Kinderlandverschickung, Ententeindergärten, Hitler-Freiplatzpönde, Feierschichtenausgleich im deutschen Bergbau und Tuberkulosehilfswerk.

„Keiner soll hungern und frieren!“ So befaßt der Führer. Und es wurde erreicht in den drei Winterhilfswerken seit der Machtübernahme und wird weiter in stets größerem Maß vollbracht werden. Im Hilfswerk Mutter und Kind sind 99 136 Helfer und Helferinnen in insgesamt 24 271 Beratungsstellen tätig, die für unser köstliches Gut, für die deutsche Familie sorgen. 1149 Krippen und Dauerkindergärten, 800 Ententeindergärten, davon 154 (!) allein in unserem Gau, entlasten die hart arbeitenden Mütter! 571 455 werdende Mütter wurden allein im Jahre 1935 betreut! 1 179 142 hilfbedürftige Familien mit über 4,7 Millionen Familienangehörigen wurden 1935 von der wirtschaftlichen Hilfe erfasst. 1,6 Millionen erholungsbedürftiger Kinder, deren Eltern früher nie daran zu denken gewagt hätten, daß ihre kleinen auch nur einmal in ihrem jungen Leben solchen Glücklich sein würden, konnten sechs seelige Ferienwochen erleben und freuen sich schon auf die nächsten. 17 Millionen Menschen, 17 Millionen deutscher Brüder und

Schwester waren zu betreten und wurden betreut!

Und all dies konnte erreicht werden, ohne die Staatsmaschine in Bewegung zu setzen, wurde erreicht im freudigen Opfern der Deutschen Volksgenossen, zu dem uns Adolf Hitler rief und das uns durch ihn eine „kollektive Herzensangelegenheit“ und eine „liebe Gewohnheit“ geworden ist. Und so wissen wir: die Sammlung vom 4. und 5. April wird ein neuer schöner Baustein am neuen deutschen Hause werden, wird erneut das wachgewordene Volk vereinen im brüderlichen Helfen!

Die am nächsten Samstag und Sonntag zum Verkauf kommenden Schmetterlinge sind weitaus die schönsten aller der schönen Abzeichen, die bisher durch die NS-Volkswohlfahrt zum Verkauf kamen. Sie sind in acht verschiedenen Ausführungen zu haben. Die schönsten Schmetterlingsarten sind es, die zum Verkauf stehen: Kohlweilflinge, Bläulinge, Zitronenfalter, Dufatenfalter, Schwalbenschwänze, Trauermantel, Admirale und Tagpfauenaugen, acht verschiedene Arten und Farben. Da wird nicht einer sein, der nicht mindestens eines dieser Schmetterlings-Abzeichen um den geringen Preis von 20 Pf. erwerben wird. Wer sich es leisten kann, wird sich eine ganze Garnitur kaufen, seine helle Freude daran haben und mitwirken, daß vielen erholungsbedürftigen Volksgenossen geholfen werden kann. Wiederum seien die Volksgenossen aufgerufen, die es machen können: wenn Ihr einen Bruder oder eine Schwester fehlt, die den Sammlern schon aus dem Wege gehen wollen, weil sie eben keine zwei Groschen erbringen können, dann kauft denen auch einen der schönen Falter und steckt ihn ihnen unauffällig zu! Sie werden Euch von Herzen dankbar sein!

Vom Rathaus Simmozheim

Aus der Sitzung mit den Gemeinderäten am 30. März

Das Schulreinigen wurde ab 1. April 1936 auf ein weiteres Jahr an die bisherige Schulreinerin Frieda Müller vergeben. Mit Rücksicht darauf, daß fast alle Versammlungen in der Schule stattfinden und dadurch Mehrarbeit zu leisten ist, wird der Lohn auf — 20 RM. monatlich erhöht. — Das Rathaus wird unter den bisherigen Bedingungen ab 1. April 1936 auf ein weiteres Jahr an Dorothea M. d. verpachtet. — Im Interesse des Luftschutzes hat der Bürgermeister von der Gemeinde Komrat eine Saug- und Druckfeuerpritze zum Preis von — 150 RM. erworben. Die Spritze ist noch gut erhalten und die Gemeinde nun im Besitz von 2 Spritzen. Die Gemeinderäte nehmen von der Anschaffung Kenntnis und erheben keine Einwendung.

Die Hitlerjugend ist an die Gemeinde herangetreten wegen Beschaffung eines Rundfunkgeräts. Die Gemeinde gibt schon seit einer monatlichen Beitrag von — 9 RM. und soll nach weiteren Erhebungen der Frage nähergetreten werden. Es soll ein größeres Empfangsgerät angeschafft werden, welches auch für Übertragungen anlässlich von Gemeindefestlichkeiten = Empfängen verwendet werden kann. — Der Weg durch den Buchelbrunnherhof, welcher sich in schlechtem Zustand befindet, soll hergerichtet werden.

Die hiesigen Vereine haben aus dem Diebstahljahr 1935/36 von der Gemeinde Stammholz käuflich erworben. Das Holz wurde gefügt und sollten hievon Bänke und Tische angefertigt werden. Es war bis jetzt jedoch noch nicht möglich, dieselben herzustellen. Der Bürgermeister hat daher mit den Vereinsvorständen vereinbart, daß das gefügte Holz von der Gemeinde zurückgenommen wird, da letzteres noch nicht bezahlt ist. Die Bänke und Tische werden nun von den hiesigen Handwerkern in vorbildlicher Weise unentgeltlich hergestellt, was dankbar anerkannt werden muß. Das weiter notwendige Material (Scharniere usw.) wird auf Kosten der Gemeinde beschafft. Auf diese billige Art kommt die Gemeinde zu 40 Bänken und 20 Tischen, welche künftig sowohl der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ als auch den Vereinen für Festlichkeiten usw. im Freien zur Verfügung

stehen. Mit der getroffenen Vereinbarung sind die Gemeinderäte einverstanden.

Die Gemeinderäte nehmen des Weiteren Kenntnis von dem Bericht über die am 12. März stattgefundene Kinderfalschbestimmung. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Leiterin eifrig bemüht ist, den Kindergarten richtig zu führen und die Kinder zu fördern. Hervorzuheben ist noch, daß der Saal samt den Nebenräumen und Einrichtungen in jeder Richtung befriedigt hat. — Mit großem Interesse wurde von der Erhöhung des Amtsschadens auf — 7100 RM. (bisher 4500 RM.) Kenntnis genommen. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, trotz dieser Mehrbelastung den Voranschlag ohne Erhöhung der Gemeindefinanzlage auszugleichen zu erhalten. Zum Schluß wurde noch von verschiedenen Akkorden Kenntnis genommen.

Reichsmütterdienst in Zavelstein

Nach langer Pause fand in der Zeit vom 27. Februar bis 21. März in Zavelstein ein Reichsmütterdienst, der vom Reichsmütterdienst veranfaßt wurde. Zu Beginn des Kurzbesuches wünschten Kreisvertrauensfrau Wolf und Kreisfrauenchaftsleiterin Widmaier aus Calw in einer schlichten Empfangsfeier den Kursteilnehmerinnen und der Leiterin Frl. Schlegel recht gute Zusammenarbeit und viel Erfolg. Während des zwölfwöchigen Kurzbesuches verstand es die Leiterin, den 17 Teilnehmerinnen aus Zavelstein, Sonnenhardt, Rottenbach und Emberg nicht nur Kenntnisse im Nähen beizubringen, sondern diese auch zu einer großen Familie zusammenzuschließen. Dies kam besonders deutlich bei der Schlußfeier zum Ausdruck, die im Gasthaus zum „Ramm“ stattfand. Die überaus zahlreich erschienenen Gäste waren erstaunt über die Menge der schön und pünktlich gefertigten Kleidungsstücke. Viel Freude bereiteten die Kursteilnehmerinnen durch ihre reichhaltigen Darbietungen, Schattenspiele, humorvolle Gedichte, Volkslieder, turnerische Übungen des WDW, und die Aufführung „Aufklärer“ füllten zusammen mit Ansprachen von Frl. Schlegel, Frau Widmaier und Bürgermeister Nonnenmann den Abend aus, wobei zum Ausdruck kam, daß Frau Merkel sich mit Liebe und Eifer besonders um die Sache bemühte. Wohlgefriedigt über die gut gelungene Schlußfeier schieden die Gäste nach einem von Frl. Gall auf den Führer ausgebrachten „Sieg Heil“ und dem Deutschlandlied.



Schwarzes Brett

Parteilich, Nachdruck verboten.
Calw, den 2. April 1936

Partei-Organisation

Gaupropagandaleitung
6/36/0

Wahlplakate und Transparente müssen sofort entfernt werden. Die Hoheitsstränge werden gebeten, mit dieser Aufgabe die Hitlerjugend zu betrauen. Es ist darauf zu achten, daß die Entfernung der Plakate ohne jegliche Sachbeschädigung ausgeführt wird.

Die Konfirmanden des Kirchspiels Neubulach

Aus dem Kirchspiel Neubulach werden am Sonntag 21 Söhne und 19 Töchter konfirmiert. Es sind in:

Neubulach: Fritz Adolf Müller, Ludwig Wilh. Koller, Hermann Niehammer, Georg Mayer, Fritz Seydt, Otto Eduard Friedrich Niehammer; Elsa Martha Eleonore Bischoff, Käthe Christine Fischer, Emma Koller, Elsa Maria Gwinner, Martha Tensel, Elfriede Maria Brülle.

Liebsberg: Georg Friedrich Junt, Ernst Gottl. Rottfuß, Georg Friedr. Dengler, Jakob Rothader; Helene Katharine Weber, Lina Elsa Ruff, Alwine Christine Unmader, Emma Maria Rau, Emma Johanna Sailer. Oberhaugstett: David Friedr. Stepper, Christian Hartmann, Jakob Friedr. Meyer, Hans Rudolf Proß, Hermann Heint. Blach, Karl Theodor Wolf, Johann Laupinger, Emma Paula Walz, Luise Maria Burkhardt, Elsa Martha Koller, Ida Gertr. Hartmann.

Altbulach: Richard Schable, Ernst Gottlieb Wolf, Fritz Mayer, Hermann David Reuttschler; Emma Maria Rupp, Marianne Mayer, Emilie Katharine Luise Reuttschler, Dora Erta Schweizer.



Wie wird das Wetter?

Vorausichtige Witterung: Bei südwestlichen bis südlichen Winden heiter bis wolffig, trocken, warm, vereinzelt leichte Gewitterneigung, später ist im Nordwesten mit Niederschlagsneigung zu rechnen.

Bad Liebenzell, 1. April. Die Staatsforstverwaltung läßt z. Zt. beim Schloßberg einen neuen Holzabfuhrweg anlegen und trägt damit wesentlich zur Arbeitsbeschaffung bei. — Beim Ausfließen des Staues wurden heuer drei Zentner Fische erbeutet.

Monakam, 1. April. In unserer Gemeinde stimmten alle Wahlberechtigten für den Führer. Sogar eine 85-Jährige und ein 91-Jähriger ließen es sich nicht nehmen, ihre Stimme dem Führer zu geben, trotzdem sie körperlich behindert waren und nur mit Hilfe ins Wahlzimmer gelangen konnten.

Wildberg, 1. April. Die ersten Vorbereitungen für den am 26. Juli 1936 stattfindenden althistorischen Schäferlauf sind getroffen worden. Der Platz wird neu hergerichtet und die Tribüne vergrößert werden, auch das interessante und beliebte Preisritzen der Schäfer findet wieder statt.

Gülfingen, 1. April. Die Gemeinde verkaufte das heuer angefallene Lang- und Sägholz mit rund 590 Festmeter 1.—6. Klasse um 70 v. H. der Forsttage an Säghwerksbesitzer Müller, hier.

12 000 RM. zusammengefohlen

Eine diebische Hausangestellte festgenommen

Ulm, 1. April. Die Kriminalpolizei in Karlsruhe hat einen guten Fang gemacht. Seit Januar 1936 ist in verschiedenen Städten, so in Ulm, Ravensburg, Forstheim, Freiburg und München eine diebische Hausangestellte aufgetreten. Sie gab in der Regel in einer Tageszeitung ein Inserat auf, wonach eine 46 Jahre alte Hausgehilfin eine Stelle suche.

Schon kurz nach Antritt ihrer Stelle nützte die Diebin die kurze Abwesenheit der Familie aus, öffnete verschlossene Behälter mit Nachschlüssel und stahl wertvolle Schmuckgegenstände, mit denen sie sofort verschwand. Der Gesamtverwert der entwendeten Gegenstände beträgt etwa 12 000 RM. Bei allen Dienststellen ist sie unter falschem Namen aufgetreten. Der Karlsruher Kriminalpolizei ist es nun gelungen, die Diebin in einem Gasthaus zu ermitteln. Bei der Durchsuchung ihres Zimmers fand man noch einen Teil der Diebesbeute im Wert von etwa 5000 RM. vor. Bei der Festgenommenen handelt es sich um eine 45 Jahre alte verheiratete Frau aus Leutesdorf (Rheinland), die erst im vergangenen Jahr eine längere Gefängnisstrafe wegen gleicher Straftaten verbüßt hat.

